

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Die Deutschlandfrage ist eine Europafrage

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Die Deutschlandfrage ist eine Europafrage, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 10, pp. 14-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131390>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

einen Schluß, der die besondere österreichische Problematik herausarbeiten würde. Selbstverständlich begrüßt man aber auch hier alles, was zu einer Entspannung führen kann und erkennt das Recht auf deutsche Einheit und Selbstbestimmung an, wenn auch mit verschiedenen Nüancen.

Manches der deutschen Problematik ist dem Österreicher fremd, wie etwa der Anspruch auf unbedingte Gleichheit und überhaupt die ganze Frage der Wiederbewaffnung. Österreich ist zwar auch vierfach besetzt, besitzt aber eine Zentralregierung, deren Befehle im großen und ganzen, besonders wenn man sich klug auf das Mögliche beschränkt, in allen Zonen befolgt werden. Natürlich hat man im Osten mehr Grund zur Klage als im Westen. Daher ist man im Osten und in Wien auch ungleich mehr am Staatsvertrag interessiert als im Westen, wo man sich mit dem westlichen Protektorat mehr oder weniger abgefunden hat. Eine besondere Initiative zur Erreichung des Staatsvertrages ist daher kaum zu erwarten, bevor gesamtdeutsche Wahlen bewiesen haben, daß auch für ihn die Zeit gekommen ist.

In Österreich hat sich, obwohl die Front des Kalten Krieges mitten durchläuft, eine Art *modus vivendi* zwischen den Mächten gebildet. Nur diese, nicht die Österreicher, können diesen Modus ändern. Das ist wohl der wesentliche Unterschied zwischen der österreichischen und der deutschen Haltung, die meint, daß nationale Forderungen innerhalb eines gewissen Rahmens einmal Gehör finden müssen.

Dazu kommt die bange Frage nach dem Nachher. Österreich hat aus dem Interessenkonflikt der Großmächte im Donauraum erhebliche Vorteile gezogen. Eine Verständigung der Großmächte würde zu einer Verminderung der amerikanischen Hilfe für Österreich, vielleicht zu einem gänzlichen Desinteressement an Europa führen. Die angedrohte Kürzung der ERP-Hilfe für 1952/53 um 70 Mill. \$ hat bereits alarmierend gewirkt. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und kommunistische Infiltration würden folgen — auch dann, wenn die Sowjettruppen abziehen. Daher

wird die Möglichkeit, über den Umweg der gesamtdeutschen Wahlen zum Staatsvertrag zu kommen, zwar offiziell begrüßt, tatsächlich aber mit geheimer Sorge verfolgt.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit läßt aber eine ganz neue Gruppierung in Europa erwarten. Denn hier entsteht — wenn die Großmächte ehrlich vorgehen wollen — der langgesuchte Ansatzpunkt einer echten dritten Macht, nämlich eines Vereinten Europa, für das der Begriff der Neutralität kulturell und politisch sinnvoll und auch realisierbar wäre. Will das ERP ein blühendes, vom Kommunismus nicht bedrohtes selbständiges Europa schaffen, so wird dieses Ziel nur durch Einbeziehung eines befriedeten, also vereinten Deutschland erreicht. Dann wird die Finanzhilfe auch weniger bedeutsam sein. Die Fernwirkungen auf Zwischeneuropa, die von diesem Deutschland ausgehen, sind naheliegend. Es wird ein Beweis für die Ehrlichkeit der Bestrebungen der Sowjets sein, wenn sie

sich diesen Fernwirkungen nicht entziehen, wozu auch die Räumung ihrer Wiener Stellung gehören müßte. Ihre Sicherheit bleibt ja noch immer durch ihre starke Wehrmacht gewährleistet.

Österreich hätte also allen Grund, sich ebenfalls für die deutsche Einigung einzusetzen, würde doch ihre Durchführung einen wirklichen Schritt zum Frieden bedeuten. Die Voraussetzungen, die man seitens des Westens an die Form der Wahlen stellt, müßten dabei selbstverständlich erfüllt werden, doch ist dies nicht Österreichs Sache. Es muß in diesen gesamtdeutschen Wahlen ein Schritt zum Vereinten Europa gesehen werden, denn sie sollen nicht zu einer neuen, verhängnisvollen Isolierung Deutschlands führen, sondern ein konstruktiver Beitrag zum Frieden sein. Sache der Regierungen, die das Vereinte Europa begrüßen, ist es daher, auch diese Wahlen zu unterstützen, um durch sie einen der schlimmsten Gefahrenherde für Europa zu beseitigen. (ly)

## Die Deutschlandfrage ist eine Europafrage

Wenn die europäischen Meinungen, soweit sie hier vorliegen, auch darin übereinstimmen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine europäische Angelegenheit sei, so spricht doch gleichzeitig aus allen Äußerungen eine Scheu, sich initiativ dieser Angelegenheit anzunehmen und sie zur eigenen Sache zu machen. Es wird gewissermaßen nur widerwillig zugegeben, daß die Beseitigung dieses Gefahrenherdes, den die politisch unverantwortliche Teilung Deutschlands darstellt, letztlich überhaupt entscheidend sein könnte, ob jemals ein Europa als politischer und wirtschaftlicher Begriff existieren wird.

Europa ist aber ein sehr lebendiger kultureller Begriff. Solange das wirtschaftlich und politisch vereinte Europa noch nicht besteht, tragen die Regierungen der europäischen Nationalstaaten die Verantwortung dafür, daß Europa als Ganzes erhalten bleibt. Ein halbes Europa ist kein Europa. Es scheint mir eine etwas perfide Diplomatie der Großmächte zu sein, die für den durch Europa durchgehenden Trennungsstrich verantwortlich sind, wenn sie den Prozeß sich so abspielen lassen, daß er in einem ideologischen Streitgespräch zwischen Deutschen versandet. Wir dürfen uns nicht in ein deutsches Hausgezänk hineinmanövrieren lassen. Denn es ist eben nicht so, daß „sich die Deutschen nur an einen Tisch zu setzen brauchen“, um die Wiedervereinigung Deutschlands durchzuführen.

Es scheint mir deshalb unsere vordringlichste Aufgabe zu sein, daß wir die in den europäischen Ländern latente Erkenntnis von dem europäischen Gefahrenherd der deutschen Teilung so lebendig machen, daß sie unsere Forderung an die Großmächte nach Wiedervereinigung mit eigener Initiative aufgreifen. Diese Forderung müssen wir mit unserem ganzen wirtschaftlichen, sozialen und diplomatischen Gewicht stellen. Und man hört im Ausland immer wieder, daß dieses Gewicht gar nicht so gering sei. Es kommt in der Politik viel darauf an, daß Forderungen zur richtigen Zeit gestellt werden, denn es ist selten abzusehen, wie lange eine Konstellation andauert, gewiß ist nur, daß eine Konstellation in gleichen Konjunkturen nicht wiederkehrt. (sk)